

VOR DEM KLIMAGIPFEL

HERRSCHENDE KLIMAPOLITIK IN DER SACKASSE?
VIER STANDPUNKTE ZUR UN-KONFERENZ IN KOPENHAGEN.

Kopenhagen. Seit Monaten dreht sich in klimapolitischen Debatten alles um diese Stadt. Genauer um den dort geplanten UN-Klimagipfel im Dezember 2009. Umweltverbände haben große Erwartungen an die Kopenhagener Zusammenkunft, soll dort doch ein Nachfolgabkommen zum Kyoto-Protokoll beschlossen werden. Teile der globalisierungskritischen und radikalen Linken hingegen mobilisiert nach Kopenhagen, «um den UN-Gipfel massiv zu stören!»¹. Unterschiedlicher können die Vorstellungen über Protestformen und Einflussmöglichkeiten nicht sein. Den Gipfel stören oder an den Gipfel appellieren – das ist die Gretchenfrage im kommenden Winter. Wir möchten mit diesem Standpunkte-Papier vier Meinungen zu Wort kommen lassen: **1 CHRISTOPH BALS** (Germanwatch), **2 MONA BRICKE** (gegenstromberlin), **3 EVA BULLING-SCHRÖTER/UWE WITT** (DIE LINKE) und **4 CHRIS METHMANN** (Attac). Mit dieser Kontroverse wollen wir die Debatte um politisch notwendige Interventionen bei der Bearbeitung der sozialökologischen Krise befördern.

DIE UN-KLIMAVERHANDLUNGEN VON KYOTO BIS KOPENHAGEN. EINE EINFÜHRUNG.
(Bernd Brouns)

Warum spielt im Reigen der UN-Klimakonferenzen der letzten Jahre gerade der Kopenhagener Gipfel eine so zentrale und kontroverse Rolle? Werfen wir dazu einen kurzen Blick zurück auf die jüngste Geschichte der UN-Klimadiplomatie. ■■■ Vor zwölf Jahren, im Jahr 1997, einigte sich die internationale Staatengemeinde im japanischen Kyoto auf ein internationales Klimaschutz-Abkommen, das sogenannte Kyoto-Protokoll. Erstmals verpflichteten sich darin die Industriestaaten, ihren Ausstoß von Treibhausgasen zu mindern. In den Jahren 2008 bis 2012 sollen ihre Klimagasemissionen um etwa fünf Prozent reduziert werden – verglichen mit dem Niveau von 1990. Um diese Minderungen auf möglichst effiziente Art und Weise zu ermöglichen, wurde durch das Kyoto-Protokoll ein Set von marktwirtschaftlichen Instrumenten eingeführt. Den Industriestaaten wurden nicht nur Minde-

rungspflichten auferlegt, sondern sie bekamen die noch zulässigen Emissionen als Recht verbrieft, das ver- und gekauft werden kann. ■■■ War das Kyoto-Protokoll in nur zwei Jahren ausgehandelt worden, dauerte es fast weitere acht Jahre, bis es am 16. Februar 2005 auch tatsächlich in Kraft trat. In Wissenschaft, Umwelt- und sonstigen Interessenverbänden, also außerhalb des offiziellen Verhandlungsprozesses, begann derweil schon zu Beginn des Jahrzehnts eine intensive «Post-2012»-Debatte. Denn das Kyoto-Protokoll, oder zumindest dessen erste Verpflichtungsperiode, würde im Jahr 2012 auslaufen und danach müssten diesem ersten Schritt viele weitere folgen. ■■■ Der Klimagipfel in Bali im Dezember 2007, die mittlerweile 13. UN-Klimakonferenz (COP 13), gab dann den offiziellen Startschuss für die Verhandlungen um ein Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll. In der «Bali Roadmap» erteilten sich die Staaten den Auftrag zur Aushandlung einer neuen Klimaschutzvereinbarung, die im Jahr 2009 verabschiedet werden soll. Nur dann könne der neue Klimaschutzvertrag nahtlos an Kyoto anknüpfen. Ging es in Kyoto allein um Minderungsziele für Industrieländer, soll das zukünftige Abkommen aus vier tragenden Säulen bestehen. Denn der Menschen gemachte Klimawandel schreitet bislang unaufhaltsam voran. Neben neuen Verpflichtungen in Industrie-, aber auch Entwicklungs- und Schwellenländern, den Klimagas-Ausstoß zu mindern, avancierte daher die Anpassung an die Folgen der nicht mehr vermeidbaren klimatischen Veränderungen zur zweiten Säule eines Kyoto-Nachfolgeabkommens. Daneben sollen die für beides notwendigen Technologie- und Finanztransfers die weiteren Säulen bilden. Genau deshalb verbinden auch viele Akteure aus Entwicklungsländern Hoffnungen mit der Verabschiedung eines Kyoto-Nachfolgeabkommens. Die EU-Kommission schätzt den zukünftigen Unterstützungsbedarf von Entwicklungsländern im Umgang mit dem Klimawandel auf etwa 100 Milliarden Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Für den 2001 in Marrakesch beschlossenen Anpassungsfonds werden laut UN-Klimasekretariat zwischen 2008 und 2012 Zahlungseingänge zwischen 80 und 300 Millionen US-Dollar erwartet. ■■■ Die Verhandlungen um das neue Klimaabkommen sind also ungleich komplexer als die um das

Kyoto-Protokoll, die Warnungen aus der Klimawissenschaft immer dringlicher. Deshalb gab und gibt es im Laufe dieses Jahres eine Vielzahl von Verhandlungstreffen auf dem Weg zur 2009er COP in Dänemark, die vom 7. bis 18. Dezember 2009 stattfinden wird. Konferenzort ist die dänische Hauptstadt, weshalb Kopenhagen in den letzten Monaten zum Synonym für die Zukunft internationaler Klimapolitik wurde.

BILANZ DES KYOTO-PROTOKOLLS

Der globale Ausstoß an Klimagasen ist seit Verabschiedung des Protokolls im Jahr 1997 nicht etwa zurückgegangen, sondern weiter angewachsen. Und das Tempo dieses Anstiegs nimmt zu. Waren in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre im Durchschnitt jährlich knapp 1,5 Prozent mehr Emissionen zu verzeichnen, steigt der Ausstoß seit der Jahrtausendwende im jährlichen Mittel um mehr als drei Prozent. Die Emissionsentwicklung bewegt sich damit gegenwärtig auf dem Pfad des «worst case»-Szenarios des UN-Klimarats IPCC. ■ Doch zur Bilanzierung des Kyoto-Protokolls taugt dieser Maßstab nur bedingt, hatte es doch nur die Begrenzung der Industrieländeremissionen zum Ziel. Es stellt sich also vielmehr die Frage, ob Kyoto zu einer Trendumkehr beim Klimagas-Ausstoß in den Industrieländern, den wesentlichen Verursachern des Klimawandels, geführt hat? Dazu muss vorausgeschickt werden, dass zwischen 1992 und 1997 die Emissionen dieser Länder aufgrund des Zusammenbruchs der osteuropäischen Industrien bereits um sieben bis acht Prozent unterhalb der 1990er Emissionen lagen.² Die in Kyoto beschlossene Minderung um fünf Prozent bedeutete also nicht mal eine Stabilisierung des Emissionsniveaus. De facto wurde ein weiterer Anstieg vereinbart. ■ Die Klimagasemissionen vieler «westlicher» Industrieländer stiegen derweil von 1990 bis heute massiv an, so in Spanien um die Hälfte und in Australien um knapp 30 Prozent. Beide Länder werden ihre zugesagten Minderungsziele für ihren Klimagas-Ausstoß verfehlen – und doch Kyoto erfüllen. Dafür verantwortlich ist das Phänomen der «heißen Luft». Die entsteht so: Russland und viele osteuropäische Länder verpflichteten sich unter Kyoto zu Minderungen von bis zu acht Prozent. Doch lagen ihre Emissionen Mitte der 1990er Jahre aufgrund des Niedergangs ihrer Industrie nach dem Fall des «eisernen Vorhangs» um 30 bis 50 Prozent unterhalb des Niveaus von 1990. Schon damals war absehbar, dass diese Emissionen in den kommenden ein bis zwei Jahrzehnten nicht wieder annähernd das Niveau von 1990 erreichen werden. Heute noch liegen sie in der Summe um mehr als 35 Prozent unter dem 1990er Niveau. ■ Dank des Emissionshandels kann jedes Land die ihm zustehenden Emissionsrechte, die es nicht ausschöpft – in Osteuropa also 'ne Menge – an andere Länder verkaufen, sagen wir Australien oder Spanien. Dieses Bündel an «überflüssigen» Emissionsrechten, das vielen osteuropäischen Staaten und insbesondere Russland zugestanden wurde, heißt im Klimaslang «heiße Luft». Erste Ost-West-Transfers von heißer Luft wurden bereits zwischen Spanien und Ungarn vereinbart. Um die «heiße Luft» wissend wurde in Kyoto also nicht viel mehr beschlossen, als «business as usual» – nur ein wenig Kleingeld für den Kauf von Emissionsrechten musste zurückgelegt werden. ■ Die magere Bilanz wurde durch den Rückzug der USA vom Kyoto-Protokoll weiter verschlechtert. Die eh schon hohen US-Emissionen wuchsen von 1990 bis heute um fast fünfzehn Pro-

zent, statt, wie in Kyoto «zugesagt», um sieben Prozent zu sinken. Selbst «heiße Luft» braucht die US-Administration nicht aufzukaufen, denn sie ist ja raus aus dem Spiel. Berücksichtigt man den US-Trend ist in der Kyoto-Periode 2008-2012 statt der eh schon eher virtuellen fünf-prozentigen Minderung ein Zuwachs von knapp zwei Prozent bei den Industrieländeremissionen zu erwarten.

Und dann ist da noch der «Clean Development Mechanism» (CDM), so etwas wie der kleine Bruder des Emissionshandels und ebenfalls durch das Kyoto-Protokoll erschaffen. Der CDM ermöglicht es Investoren aus Industriestaaten, für Klimaschutzinvestitionen in Entwicklungsländern Emissionsgutschriften zu erhalten. Beispiel: Die in einem Industrieland ansässige Firma A baut Windräder in Entwicklungsland XY, wofür es selbst kein Geld hätte aufbringen können. Firma A darf dafür im eigenen Land mehr CO₂ in die Luft pusten. Solche CDM-Projekte werden dann durchgeführt, wenn es für Firma A billiger ist, eben dieses Windrad in Entwicklungsland XY zu bauen, als selber CO₂-Emissionen einzusparen. ■ Aus Klimaschutzperspektive ist der CDM bestenfalls ein Nullsummenspiel – ein Emissionsrecht wandert vom Süden in den Norden. Zentrale Bedingung dafür ist, dass CDM-Vorhaben tatsächlich Klimaschutz zusätzlich zum Status quo bringen. Obwohl die Zusätzlichkeit zentrales Kriterium im CDM-Genehmigungsverfahren ist, können etwa 40 Prozent der zugelassenen CDM-Projekte bei genauerer Betrachtung diesen Nachweis nicht liefern.³ Auf diesem Weg wandern «faule Zertifikate» in Industrieländer, führen dort zu einem Mehrausstoß an CO₂, der nicht durch eine entsprechende Minderung durch das CDM-Projekt gedeckt ist. Global hat dies einen zusätzlichen Ausstoß von Klimagasen zur Folge. ■ Die Bilanz von Kyoto ist also ernüchternd. Und die Zeit drängt. Aktuelle Studien zeigen, dass global zwischen 2000 und 2050 nur 1.000 Gigatonnen Kohlendioxid freigesetzt werden dürfen, soll die globale Erwärmung zumindest auf zwei Grad begrenzt werden.⁴ In den ersten sieben Jahren dieses Jahrhunderts wurde bereits etwa ein Viertel dieser zulässigen CO₂-Menge emittiert. Tritt im nächsten Jahrzehnt keine Trendumkehr beim globalen Klimagas-Ausstoß ein, steuern wir auf Kippunkte des Klimasystems zu, durch die eine weitere globale Erwärmung nicht mehr zu verhindern wäre. Ganz zu schweigen davon, dass auch ein Temperaturanstieg von zwei Grad im globalen Durchschnitt schon für Millionen Menschen in vielen Regionen der Welt den Klimawandel zu einer Überlebensfrage werden lässt. Nach den Trippelschritten von Kyoto müssen nun wirklich große Sprünge folgen. Brauchen wir dafür einfach nur «mehr Kyoto»? Oder steckt der UN-Klima-Prozess in einer Sackgasse, aus der auch in Kopenhagen kein Entkommen ist? Wo und wie müssten aber dann zum Sprung angesetzt werden?

1 Vgl. «Soziale Wende statt Klimawandel!» Aufruf des Klima!Bewegungsnetzwerks zu Aktionen während des Kopenhagener Klimagipfels: www.klima.blogspot.de.

2 Alle Daten zum Industrieländerausstoß an Treibhausgasen sind der offiziellen UN-Emissionsberichterstattung entnommen. UNFCCC (2008). National greenhouse gas inventory data for the period 1990–2006. FCCC/SBI/2008/12. 17 November 2008. Bonn. www.unfccc.int/resource/docs/2008/sbi/eng/12.pdf

3 Schneider, L. (2007): Is the CDM fulfilling its environmental and sustainable development objectives? An evaluation of the CDM and options for improvement. Report prepared for WWF. Berlin.

4 Meinshausen, M. et al. (2009): Greenhouse-gas emissions targets for limiting global warming to 2°C. In: Science, Vol. 458, April 2009, S. 1158-1162. www.nature.com/nature/journal/v458/n7242/pdf/nature08017.pdf

CHRISTOPH BALS (GERMANWATCH) PROTEST AUF DEM RÜCKEN DERER, DIE AM MEISTEN ZU VERLIEREN HABEN?

«Noch immer, doch mit weniger Geduld, sehe ich den Schnecken bei ihren Wettläufen zu, wie sie immer wieder gegen die Zeit verlieren; aber die Zeit gewinnt nicht, sie vergeht nur,» so einst Günter Grass. Man könnte meinen, er beschreibe als langjähriger Beobachter der UN-Klimaverhandlungen die jüngste Verhandlungsrunde in Bonn im Juni diesen Jahres, bei der die Klima-Diplomaten wieder einmal den Kampf gegen die Zeit verloren. «Wenn wir in dem Tempo weitermachen, schaffen wir es nicht», fasst der UN-Klimasekretariatschef Yvo de Boer die blockadereiche Woche der Verhandlungen zusammen. Weltweit organisieren sich die NGOs mit wachsender öffentlicher Unterstützung, um Druck für die Verhandlungen zu machen: «tckctck» ist das Logo, die Uhr läuft ab (vgl. <http://tckctck.org>). ■■■■ Sollte der Kopenhagen-Prozess scheitern, droht der Menschen gemachte Klimawandel aus dem Ruder zu laufen. Wenn der jährliche Ausstoß aller globalen Emissionen nicht zwischen 2013 und 2017 seinen Höhepunkt erreicht und danach zügig verringert wird, muss in den kommenden Jahrhunderten mit unumkehrbaren Folgen gerechnet werden, wie etwa mit dem Abschmelzen des Grönland-Eispanzers und langfristig mit mehreren Metern Meeresspiegelanstieg. ■■■■ Aber ein internationales Kopenhagenabkommen allein wird auch nicht ausreichen. Notwendig sind letztlich nationale Rahmenbedingungen für einen dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien, gesetzliche Regelungen für Energieeffizienzmaßnahmen sowie Vorgaben für den Regenwaldschutz in dafür relevanten Staaten. Auch ein gutes Kopenhagenabkommen liefert keine Garantien für solche Aktivitäten, aber es steigert die Chancen dafür erheblich. So gaben bei einem Regierungstreffen der emissionsreichsten Industrie- und Schwellenländer jüngst fast alle Teilnehmer zu Protokoll, dass sie zu mehr Klimaschutz bereit sind, wenn ein ambitioniertes internationales Abkommen zustande kommt. Bei der EU heißt dies, 30 statt 20 Prozent weniger Emissionen bis 2020. ■■■■ Aber ist es nicht Wahnsinn, mit 192 Staaten ein internationales Abkommen zu verhandeln? Ist dieses Unterfangen nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt? Es lohnt sich dafür genauer hinzuschauen: Nur in der UN haben die besonders betroffenen Staaten, die ärmsten Entwicklungsländer und die kleinen Inselstaaten, überhaupt eine Stimme. Dies ist immerhin eine Annäherung an das Grundprinzip der Demokratie, dass besonders Betroffene über die Rahmensetzungen mitentscheiden. Wo, wenn nicht im UN-Rahmen, soll die internationale Unterstützung für die Menschen durchgesetzt werden, die wegen des Klimawandels um ihre Existenz kämpfen? Wo sonst soll es zu einem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen kommen, nicht nur zu unverbindlichen politischen Erklärungen wie bei G8- oder G20-Gipfeln?

Klar, die Bonsai-Zielchen von Kyoto sind viel zu schwach und voller Schlupflöcher. Wir Umweltverbände forderten seinerzeit, die Industrieländeremissionen um 25 Prozent bis 2005, nicht um 5 Prozent bis 2012 zu verringern. Dennoch: Trotz aller berechtigten Kritik hat sich immerhin dank der verbindlichen Regeln der Emissionsausstoß und die Innovationsdynamik für grüne Technologien in den Staaten, die früh das Kyoto-Protokoll ratifizierten, wesentlich besser entwickelt als bei den Kyoto-Verweigerern USA und Australien. In Kopenhagen brauchen wir allerdings mehr, weit mehr. ■■■■ Kopenhagen sollte ein Katalysator sein, um in den Industrieländern und letztlich auch in den Schwellenländern das Leitbild einer zu hundert Prozent auf Erneuerbaren Energien beruhenden Energieversorgung durchzusetzen. Ohne eine solche, von Erfolgsgeschichten für Arbeitsplätze, Innovation und Wohlstand untermauerten Vision wird die große Transformation von Energie- und Wirtschaftssystemen scheitern. Doch die Ausbauerfolge der Erneuerbaren Energien allein werden die notwendigen Emissionsreduktionen nicht schnell genug herbeiführen. Es bedarf auch des Deckels (Cap) des Emissionshandels. Denn der starke Ölpreisanstieg der vergangenen Jahre hat nicht nur das Wachstum der Erneuerbaren Energien, sondern zugleich das des größten Klimakillers, der Kohle, massiv beschleunigt und das insbesondere in den Staaten, die keine Kyoto-Ziele haben. Weil die Emissionsbegrenzungen fehlten, wuchs deshalb der Ausstoß von CO₂ global im Rekordtempo. Zudem brauchen wir auch die Erlöse aus der Versteigerung des Emissionshandels, um Klima- und Regenwaldschutz und Anpassung in Entwicklungsländern zu finanzieren. Oder wollen wir die, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, aber am heftigsten betroffen sind, im Regen stehen lassen? ■■■■ Zorn über das Schneckentempo mit dem die Verhandlungen zu Emissionsbegrenzungen und Finanzierung von Klima- und Regenwaldschutz sowie der Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern vorankommen, ist berechtigt. Zu Recht schreibt Bernd Brouns in der Einleitung dieses Papiers: «Nach den Trippelschritten von Kyoto müssen nun wirklich große Sprünge folgen.» Mehr öffentlicher Druck ist dringend notwendig, um der Politik auf die Sprünge zu helfen. Auch ist absehbar, dass Strategien des zivilen Ungehorsams eine weit größere Rolle spielen werden, wenn Kopenhagen und der Folgeprozess scheitern sollten. Wenn die Regierungen versagen, wird es zur Gewissensfrage werden, neue Kohlekraftwerke oder andere Klimakiller zu stoppen. Einfach nur «mehr Kyoto» ist ganz sicher nicht die richtige Antwort. Die rapide Umstellung unserer Energie-, Wirtschafts- und Verkehrsstrukturen sowie eine weltweite Strategie für Ernährungssicherheit und -souveränität trotz Klimawandel sprengt diesen Rahmen bei weitem. Warum zur klammheimlichen Freude aller Profiteure des fossilen Energiesystems wie Exxon und Co. Kopenhagen stören oder gar kippen? Das wäre ein Schaureiten moralischer Arroganz auf dem Rücken derer, die am meisten zu verlieren haben.

MONA BRICKE (GEGENSTROMBERLIN) «SEATTLE COPENHAGEN!» FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT DEN GIPFEL STÖREN

Im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte haben sich globale Machtinstitutionen wie WTO, G8 und Weltbank als Giganten mit tönernen Füßen herausgestellt. Die Versprechen, mit denen sie angetreten waren, nämlich die Welt von Hunger und Armut zu befreien und mithilfe neuer Formen des globalisierten Kapitalismus in eine glorreiche Zukunft zu führen, stellten sich als Blendwerk heraus. Von vielen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen und vor allem von sozialen Bewegungen wurden sie für politisch und moralisch bankrott erklärt. Weit davon entfernt, ein Teil der Lösung zu sein, stellten sie sich als Produzenten und Multiplikatoren von Armut und Hunger heraus.

Die UN aber wird immer noch gerne als leuchtendes Gegenbeispiel genannt. Ihre Klimarahmenkonvention (UNFCCC), so wird argumentiert, ist als einzige Institution in der Lage, dem Klimakollaps Einhalt zu gebieten. Auch ein schlechter Deal in Kopenhagen sei immer noch besser als gar kein Deal. Bei vielen NGOs scheint immer noch die Hoffnung zu bestehen, das Kyoto-Folgeabkommen werde die Welt aus dem klimapolitischen Tal der Tränen herausführen. Fakt ist jedenfalls, dass es immer noch zu viele Organisationen und Gruppen gibt, die in Kopenhagen hauptsächlich auf die Kraft der Lobbypolitik setzen. Viele (gerade auch deutsche) Mitgliedsorganisationen des Climate Action Networks (CAN), des Mainstream-Zusammenschlusses der NGOs beim UNFCCC-Prozess, argumentieren, dass sie in diesem Prozess endlich einmal die Gelegenheit hatten, von Anfang an und direkt Einfluss auf die Verhandlungen auszuüben. Man ist stolz, mit Minister Gabriel in Augenhöhe am Tisch zu sitzen und ihm die Vorlagen für die deutsche (und teilweise auch die europäische) Klimapolitik zu schreiben. Es streichelt das Ego, in einem internationalen Verhandlungsprozess an der Macht teilzuhaben. Und die UN weiß das mit einer geschickten «Teile und Herrsche» Politik zu steuern. Den sogenannten «Constituencies», also Interessenvertretungen von Unternehmen, Gewerkschaften, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, «Jugend», Indigenen etc. stehen Büros, Redeanrecht vor dem UNFCCC-Plenum, Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten etc. offen. Diese mangelnde Distanz gegenüber den Mechanismen der Vereinnahmung hat allerdings ihren Preis, denn alle innerhalb dieses geschlossenen Machtkreislaufs vorgeschlagenen Lösungen müssen sich der Marktlogik unterordnen und innerhalb eines unausgesprochenen, aber machtvollen Grundkonsenses bleiben: Geändert wird nur etwas, damit alles beim alten bleiben kann. Der Kapitalismus wird per Emissionshandel und Elektroautos vor sich selbst gerettet, und soll dann, so ist z. B. bei den Grünen die Hoffnung, als «Grüner Kapitalismus» wieder aufstehen. Das Problem ist nur, dass solche marktbasieren Lösungsversuche ins Leere laufen. Denn im Zentrum der EU- und US-CO₂-Reduktionspolitik steht der Emissionshandel. Dieser folgt nach der für Märkte typischen Logik: Der Handel soll Anreize setzen, das Klima zu schützen. Nicht der Klima-

schutz selbst ist der Anreiz, sondern die Möglichkeit, Geld mit dem Klimaschutz machen zu können. Weil es nicht um die Sache geht, sondern die Sache nur Mittel zum Zweck ist, ist Tür und Tor geöffnet für Tipps und Tricks, die marktbasieren Klimainstrumente zum eigenen Vorteil zu nutzen – auf Kosten des Klimaschutzes. Kein Wunder, dass Emissionshandel und CDM ein zwar völlig zahnloses aber immerhin geschäftsträchtiges Eigenleben entwickelt haben (siehe oben die Einführung von Bernd Brouns).

In Kopenhagen verdichten sich die Interessengegensätze zwischen den Staaten eines globalisierten Kapitalismus wie unter einem Brennglas: Ausgestattet mit dem Willen, im eigenen Land möglichst viel Wirtschaftswachstum zu erzielen, stehen sich die Regierungen konkurrierend gegenüber. Emissionsminderung wird als Kostenaufwand verhandelt, mit dem Ziel dem jeweils anderen möglichst viel davon aufzudrücken und selbst möglichst wenig tragen zu müssen. Diese Interessengegensätze sind auch nicht einfach durch «mehr Druck» von Lobbygruppen wie Umweltverbänden aus der Welt geschafft, als mangle es seit 20 Jahren bloß am politischen Willen. Es wäre ja ein leichtes, sich in Kopenhagen zusammen zu setzen und zu beschließen, dass «wir» jetzt einfach mal gemeinsam die Emissionen mindern. Aber dieses «wir» gibt es nicht, solange Staaten miteinander um Kapital, Macht und Einfluss konkurrieren. Das mit schädlichen Emissionen einhergehende Wirtschaftswachstum wird ja gemeinhin nicht nur als einzig denkbare Mittel gesehen, um Wohlstand und Entwicklung zu generieren, sondern ist zugleich materielle Basis der jeweiligen Staatsmacht.

Vor diesem Hintergrund ist es dann nicht mehr so schwer zu verstehen, wieso die internationalen Verhandlungen in den letzten 20 Jahren erfolglos geblieben sind. Und man darf auch von Kopenhagen entsprechend nichts anderes erwarten. Auch ein Grüner Kapitalismus ist nur von jenen erreichbar, die ihn sich leisten können. Schwer vorstellbar, dass Industrieländer, die diesbezüglich im Wettbewerbsvorteil sind, zugunsten eines «Grünen Kapitalismus für alle», auf globaler Ebene technologisches Know-How verschenken oder auf lokaler Ebene Hartz-IV für den Einkauf im Bioladen erhöhen. Ein Grüner Kapitalismus ist nicht frei von den Widersprüchen, die Kapitalismus überhaupt ausmachen. Er ist eine Mogelpackung, die jenen Konsens geschickt organisiert, der einen dringend notwendigen, grundsätzlicheren Wandel verhindert. Vor kurzem haben einige NGOs und Netzwerke ihre Unterstützung für Climate Justice Action (CJA) zurückgezogen. CJA ist das Netzwerk aus sozialen Bewegungen, NGO-Zusammenschlüssen wie Climate Justice Now und Klimacamp-AktivistInnen, welches in Kopenhagen maßgeblich für die Vorbereitung der Proteste zuständig ist. Anlass war die Ankündigung einer Aktion, bei der Menschen aus dem globalen Süden, soziale und Klimabewegungen einen Marsch auf das Konferenzzentrum in Kopenhagen planen mit dem Ziel, in der Konferenz selbst für einen Tag die Podien zu übernehmen und dort Lösungsvorschläge zu diskutieren, die tatsächlich Klimagerechtigkeit herstellen könnten.

Climate Justice Action hofft darauf, dass Kopenhagen zu einem neuen Seattle wird. In Seattle wurden 1999 die WTO-Verhandlungen von einem Bündnis aus Bewegungen, NGOs und VerhandlerInnen innerhalb der Konferenz mit einer Mischung aus ganz verschiedenen Strategien und Taktiken, Lobby- und

Öffentlichkeitsarbeit, Straßenprotesten, Sitzblockaden etc. zum Stillstand gebracht. Seattle war der Anstoß für einen Paradigmenwechsel im Umgang mit der WTO: Vorher war es der WTO gelungen, sich als generalbevollmächtigte Vertreterin in Welthandelsdingen zu präsentieren, die auch den Armen dieser Welt und der ärmsten Ländern Wohlstand und Teilhabe bringen würde. Nach Seattle sah sich die WTO zusehends delegitimiert und geriet unter Druck ihre menschenverachtende Politik zu rechtfertigen. Auch NGOs waren nun gezwungen, Farbe zu bekennen, und ihre oft liebedienerischen Lobbystrategien zu überdenken. All das war möglich, weil es in Seattle trotz erheblicher Spannungen und unterschiedlicher Vorstellungen über die Legitimität von Protestmethoden Einigkeit über die «Diversity of Tactics», die große Bandbreite verschiedener Protestarten gegeben hatte. Und das Übereinkommen, sich nicht gegenseitig in den Rücken zu fallen. ■■■ Genau das ist es, was wir auch für Kopenhagen brauchen: Einen politischen Paradigmenwechsel in der Klimapolitik, eine neue, starke Bewegung der Bewegungen aus Nord und Süd, an deren Forderungen und Visionen niemand mehr vorbei kommt. Ohne diesen Kampf um die politische Deutungsmacht und den konkreten Willen vieler Menschen, gemeinsam an Strategien und Lösungen zur Überwindung des kapitalistischen Wachstumszwangs zu arbeiten, bleibt Klimagerechtigkeit eine leere Worthülse.

3

EVA BULLING-SCHRÖTER, MDB
UND UWE WITT (DIE LINKE)

DER UN-KLIMAPROZESS IST NICHT UNSER GEGNER

In diesem Jahr wurde gleich mehrfach bei Konferenzen die Frage gestellt: «Kyoto vergessen oder verbessern?». So bei McPlanet, oder auch bei Veranstaltungen von WEED, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der LINKEN Bundestagsfraktion. Nunmehr ruft ein linkes Bündnis in Bezug auf die Klimakonferenz in Kopenhagen dazu auf, «den UN-Gipfel massiv zu stören». ■■■ Die Strategie der Ablehnung holt viele Aktivistinnen und Aktivisten dort ab, wo die internationale Klimapolitik tatsächlich zu stehen scheint: Vor einem schier unauflösbaren Knoten, gebunden von Profitinteressen der fossil-atomaren Energiekonzerne, aber auch von berechtigten Wachstumsforderungen südlicher Ökonomien. Im Ergebnis hat der nach Kopenhagen führende Kyoto-Prozess in der Tat nicht all zu viel dazu beigetragen, die Versorgung der Welt mit Strom, Wärme und Mobilität auf einen gerechten und umweltverträglichen Pfad zu bringen. Zwar werden die 1997 verpflichteten Industriestaaten, die das Protokoll auch ratifiziert haben, in der Summe die (geringen) Einsparziele wahrscheinlich knapp erreichen. Doch ohne die USA als größte globale Dreckschleuder ist dieser Mini-Fortschritt kaum etwas wert. Sie hatte sich von Kyoto verabschiedet und ihre Emissionen sogar noch deutlich ausgeweitet. Zudem stiegen die weltweiten Emissionen auch wegen des rasanten Wachstums der Schwellenländer weiter an, bis zur Wirtschaftskrise sogar mit wachsender Geschwindigkeit. ■■■ Ferner fallen die Verhandlungen um ein Kyoto-Nachfolgeprotokoll in die Zeit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Kapitalismus hat den Wagen offensichtlich anständig an die Wand gefahren. Braucht es also einen großen Knall, etwa ein Scheitern des UN-Klimagipfels im Dezember, um die Staaten und ihre Macht ausübenden Akteure zur Besinnung zu bringen? Oder noch radikaler: Ist der Zeitpunkt gekommen, die Systemfrage zu stellen - auch um im Klimaschutz weiter zu kommen?

Die umfassende Krise macht klar, dass es einer grundlegenden Neuorientierung bedarf, um zu einer nachhaltig wirtschaftenden und solidarischen Gesellschaft zu kommen. Wahrscheinlich wird das auch in Eigentumsfragen münden. Doch wie das alles konkret aussehen soll, liegt, vorsichtig ausgedrückt, im Nebel. Auch Mehrheiten dafür sind in weiter Ferne. Klar ersichtlich ist dagegen, was uns beim Nichtstun im Klimaschutz schon in Kürze blüht: Hungersnöte, Überschwemmungen, hunderte Millionen von Klimaflüchtlingen. ■■■ Laut Wissenschaft existiert nur noch ein sehr kleines Zeitfenster, um dieses Szenario abzuwenden. Die weltweiten Emissionen müssen zunächst begrenzt und anschließend drastisch gedrosselt werden. Uns bleibt dafür weniger als ein Jahrzehnt. Geht es schief, so werden irreversible Klimaveränderungen nicht mehr zu verhindern sein. Sie würden in chaotische, gänzlich unbeherrschbare Zustände im Klimasystem führen: Taut etwa der sibirische Permafrost auf, oder das Polareis noch weiter

ab, so beschleunigt sich der Klimawandel von selbst. Denn hochklimawirksame Methangase aus den Sümpfen und fehlende Eis-Reflexionen erwärmen den Globus dann ohne weiteres Zutun des Menschen. Die Erde wäre am Ende nicht mehr die, die wir kennen. ■■■■ Demnach bleibt denkbar wenig Zeit, um zu handeln. Und zwar in einem möglichst demokratisch verfassten Rahmen, also - im Gegensatz zu den einsamen Beschlüssen der G-8 - auch unter Einschluss der Entwicklungsländer. Die Verhandlungsprozesse unter der UN, die in Kopenhagen gipfeln, sind genau dafür geschaffen. ■■■■ Um es klar zu sagen: Klimaschutz von unten kann niemals ein internationales Abkommen ersetzen, sondern nur ergänzen. So richtig es ist, den Klimaschutz nicht allein den politisch Verantwortlichen zu überlassen, so richtig ist es auch, dass sich die großen Emittenten dieser Erde allenfalls über internationale Verträge und abgeleitete nationale Gesetze zwingen lassen. Und über neue wirtschaftliche Akteure, wie Windmüller und Solarzellenbetreiber, die dem fossil-atomaren Komplex immer mehr Stromkunden abjagen. Doch auch dies können sie nur in den Ländern tun, in denen Gesetze feste Vergütungen für Ökostrom garantieren und Vorrangregelungen zu dessen Einspeisung schaffen. In Deutschland ist solch ein Gesetz das «EEG». Gemacht wurde es letztlich als ein Instrument, um auf die Einsparverpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu reagieren. ■■■■ Blockaden, Kraftwerksbesetzungen und anderer ziviler Ungehorsam sind unverzichtbar, um politischen Druck aufzubauen. Das komplizierte Ausbalancieren der oft gegensätzlichen Interessen verschiedener Nationen im Klimaschutz aber – etwa zwischen aufstrebenden Schwellenländern wie China und Indien auf der einen Seite und der EU auf der anderen - kann nur in einem formalisierten Prozess, in mühseligen Verhandlungen geschehen.

Sollten Aktivisten vor dem Tagungsgelände den Delegationen das Recht absprechen, Klimapolitik zu betreiben, begehen sie einen Fehler. Und sie verpassen eine Chance: Nämlich Druck zu machen, damit der Gipfel zum Erfolg führt. So müssen am Ende ambitionierte Minderungsziele für Industriestaaten und Emissionsbegrenzungen für Schwellenländer im Vertrag stehen. Die Technologie- und Anpassungshilfen des Nordens für Entwicklungsstaaten sollten es ermöglichen, dass diese die fossile Phase bei der Überwindung ihrer Energiearmut überspringen und den Auswirkungen des Klimawandels etwas entgegensetzen können. Genauso wichtig ist es, Hintertüren zu schließen. So muss verhindert werden, dass der Tropenwaldschutz in den Emissionshandel integriert wird. Sonst bedeutet jeder zusätzlich geschützte Hektar Wald im Süden ein Kohlekraftwerk mehr im Norden. Zudem sind die Missbrauchsmöglichkeiten in den bestehenden Emissionshandelssystemen zu beseitigen. ■■■■ Sollte Kopenhagen tatsächlich einen Wandel herbeiführen, werden wir wohl erleben, wie der Kapitalismus ein wenig grüner wird. Der Argwohn einiger Linker, dieser Prozess stabilisiere das auf Ausbeutung gerichtete System, scheint angesichts der Bedrohungen, die ein ungebremster Klimawandel gerade für die Ärmsten dieser Erde bereithält, etwas grotesk.

4

CHRIS METHMANN

DIE KRITIK AM KYOTO-PROZESS IST RICHTIG. DEN GIPFEL STÖREN NICHT.

Wenn sich im Dezember in Kopenhagen die Staats- und Regierungschefs zum Klimagipfel versammeln, hat man den Eindruck, die Welt steht Kopf: Staats- und Regierungschefs ergreifen beherzt Partei für das Klima, so als hätten sie nicht die vergangenen 20 Jahre die Hände in den Schoß gelegt. Seriöse Wissenschaftler versuchen den Eindruck zu erwecken, dass die Zukunft der Welt von den Geschehnissen in einem Kopenhagener Konferenzzentrum abhängen. Und Teile der sozialen Bewegungen blasen zum Sturm auf den Gipfel. ■■■■ Damit ist der Klimagipfel zunächst einmal eins: überbewertet wie eine US-Hypothek vor der Subprime-Krise. Das lehrt die Geschichte der internationalen Klimapolitik: Weil auf der internationalen Ebene zwar alle an einem Strang ziehen, aber in unterschiedliche Richtungen, kommt am Ende nur der kleinste gemeinsame Nenner raus – siehe die lächerlich geringen und zahnlosen Reduktionsverpflichtungen von Kyoto. ■■■■ Und auch sonst ist die Kritik, die von vielen sozialen Bewegungen am Klimagipfel geäußert wird, richtig. Denn der globale Verhandlungsprozess dient als prächtige Ausrede, warum im eigenen Land der Klimaschutz auf die lange Bank geschoben wird. Ergebnis ist eine «glokale Schizophrenie»: Ohne Probleme kann Merkel sich auf internationaler Ebene gleichzeitig als Vorreiterin gerieren, während im eigenen Land der Bau von über 20 neuen Kohlekraftwerken vorangetrieben wird und die Bahn privatisiert werden soll. Anders als von Merkel, Obama und Co. propagiert, ist ein globales Abkommen deswegen auch kein Allheilmittel, sondern muss in konkrete Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene umgesetzt werden. Die eigentlichen Herausforderungen – Energiewende und Entmachtung der Konzerne, Konversion der Automobilindustrie und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Ernährungssouveränität und ökologische Landwirtschaft, um nur ein paar zu nennen – fallen angesichts der internationalen Verhandlungen hinten runter. Die kreative Buchführung, die durch Emissionshandel und Co. Einzug erhalten hat, ermöglicht es zudem, viele Dinge als Klimaschutz zu verkaufen, die keine sind - z. B. der Handel mit heißer Luft, der Verkauf alter Kohlekraftwerke nach Russland (!) oder die Anpflanzung von Eukalyptus-Monokulturen. ■■■■ Und dennoch ist es ein gefährlicher Irrweg, das Kind mit dem Bade auszuschütten und die internationale Klimapolitik pauschal zum Feindbild zu erklären. Denn trotz allem gibt es Fragen, die nur im Rahmen eines starken internationalen Abkommens gelöst werden können. So ist und bleibt der Klimaschutz eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Nehmen wir die ökologischen Schulden des Nordens ernst, dann folgt daraus die Notwendigkeit eines massiven Ressourcentransfers für Anpassung und Klimaschutz von Nord nach Süd. Wie anders, wenn nicht mit einem globalen Abkommen, soll ein solcher internationaler Ausgleich geregelt

werden? Schließlich stellt sich tatsächlich die Frage, wie stark Entwicklungs- und Schwellenländer ihren CO₂-Ausstoß noch steigern dürfen - und wie sie für einen Verzicht darauf entschädigt werden. All dies wird sich nur in einem globalen Abkommen regeln lassen. ■■■■ Zweitens ist eine «Kyoto versenken»-Strategie auch strategisch falsch. Was würde sich denn konkret ändern, wenn der Kopenhagen-Prozess platzt? Ein dramatischer Durchbruch für den Klimaschutz, der von den bösen internationalen Verhandlungen bis jetzt blockiert wurde? Wohl kaum. Gesellschaftliche Widersprüche und klimafeindliche Interessen durchziehen alle Ebenen und Arenen der Politik gleichermaßen. Sie lassen sich nicht dadurch beseitigen, dass man die Foren, in denen sie besonders sichtbar werden, eliminiert. Stattdessen müssen diese Kämpfe aufgenommen und Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass sich Klimagerechtigkeit auf der internationalen Ebene durchsetzt. ■■■■ Und deswegen hinkt schließlich auch der Vergleich mit Seattle, den einige Akteure in der Bewegung anstellen. Kyoto ist kein Instrument der neoliberalen Globalisierung, wie es die Welthandelsorganisation darstellt, sondern ein Beispiel für den bislang erfolglosen Versuch, den globalisierten Kapitalismus zu regulieren. Und deswegen ist es der Mehrheit der Bevölkerung, die man für klimapolitische Veränderungen braucht, schlicht nicht zu verkaufen, warum man darauf hin arbeiten sollte, den Gipfel «massiv zu stören». Sicher kann man so mit einer Gruppe von wackeren AktivistInnen nach Kopenhagen fahren. Die notwendige gesellschaftliche Mehrheit lässt man dann aber zu Hause.

Und genau die braucht es aber, um Druck zu machen für mehr Klimaschutz – gerade auch in Kopenhagen. Deswegen kann die Strategie der sozialen Bewegungen in Bezug auf den Klimagipfel nur eine sein, die für ein anderes, ein starkes und faires Abkommen streitet. Die erste Forderung dafür ist die nach Klimagerechtigkeit zwischen Nord und Süd – denn das wäre die eigentliche Aufgabe, die ein internationales Abkommen hat. Zweitens sollten konkrete Klimaschutzmaßnahmen in den Mittelpunkt gerückt werden, die die kreative Buchführung von Kyoto ersetzen: also zum Beispiel ein global verbindliches Verbot, fossile Kraftwerke zu bauen, oder Ausbauquoten für Erneuerbare Energien – konkrete Maßnahmen also, die deutlich machen, dass Klimaschutz mehr ist als das Pokern um abstrakte Prozente. Und schließlich ist es wichtig, klar zu kommunizieren, dass die erhoffte Komplett-Rettung der Welt in Kopenhagen auf jeden Fall misslingen wird. Denn Kohlekraftwerke entstehen in Brunsbüttel, und nicht auf der globalen Ebene.

STATT EINES FAZITS: WISSENSWERTES RUND UM DEN KLIMAGIPFEL IN KOPENHAGEN

TERMINE

-
- Oktober/November
Mobilisierungsveranstaltungen für Kopenhagen in verschiedenen Städten (z.B. Bremen: 29.10., Hamburg: 17.11.)
-
- 20.-22. November
«Green New Deal»-Projekte und/oder sozialökologischer Umbau. Internationaler Workshop. Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung.
-
- 3.-10. Dezember
WTO/COP-Karawane von Genf nach Kopenhagen (u.a. über Berlin)
-
- 7.-18. Dezember
UN-Klimagipfel in Kopenhagen (en.cop15.dk)
-
- 7.-18. Dezember
«Klimaforum», Alternativgipfel in Kopenhagen (www.klimaforum09.org)
-
12. Dezember
«Global Day of Action»; Großdemonstration in Kopenhagen (www.12dec09.dk)
-
13. Dezember
«Hit the Production»: Besetzung eines Kohlekraftwerk o.ä. in Kopenhagen (nevertrustacop.org)
-
16. Dezember
«Reclaim Power»: Demonstration am Konferenzzentrum; (www.climate-justice-action.org)

LESENS- UND SEHENSWERTES:

- Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Klimagipfel in Kopenhagen, u.a. mit ABC der Klimapolitik, Links und Terminen. www.rosalux.de/cms/index.php?id=cop_2009
- «Die Linke und die sozial-ökologische Frage. Klima-Kämpfe-Kopenhagen». Broschüre der Zeitschrift «Analyse & Kritik», Juni 2009. www.akweb.de
- «A Copenhagen Climate Treaty». Vorschlag von Umweltverbänden für ein Kyoto-Folgeabkommen. www.germanwatch.org/treaty
- «Our Climate is not your business». Mobilisierungszeitung für Kopenhagen von gegenstromberlin. www.gegenstromberlin.net
- Schwerpunktseite «Internationale Klimapolitik» des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. wupperinst.org/projekte/themen_online/internationale_klimapolitik
- «Wir Klimaretter - Das Online-Magazin» www.wir-klimaretter.de
- «Wake up, freak out», animierter Kurzfilm über Kippunkte des Klimasystems. wakeupfreakout.org
- Kaufmann, Stephan und Tazio Müller (2009): Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums. Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin.

KLIMABEWEGUNG/UMWELTVERBÄNDE:

- Climate Justice Action – internationales Bündnis zur Mobilisierung zum UN-Klimagipfel nach Kopenhagen. www.climate-justice-action.org
- Klima!Bewegungsnetzwerk – bundesweiter Zusammenhang zur Mobilisierung zum UN-Klimagipfel in Kopenhagen. www.klima.blogspot.de
- gegenstromberlin - KlimaaktivistInnen aus Berlin. www.gegenstromberlin.net
- Climate Action Network – internationaler Zusammenschluss von Umweltverbänden. www.climateactionnetwork.org
- Die Klima Allianz - bundesweites Bündnis von über hundert Umwelt- und Entwicklungsverbänden, Kirchen und Gewerkschaften. www.die-klima-allianz.de
- tcktcktck - Aktionsbündnis von Umwelt- und Entwicklungsverbänden anlässlich des UN-Klimagipfels in Kopenhagen. www.tcktcktck.org

AUTORINNEN UND AUTOREN

CHRISTOPH BALS ist politischer Geschäftsführer der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch und begleitet seit über zehn Jahren die UN-Klimaverhandlungen.

MONA BRICKE ist Klimaaktivistin bei gegenstromberlin und FeIS (Für eine linke Strömung). Bis September 2009 arbeitete sie bei gendercc – women for climate justice.

BERND BROUNS ist Referent für Energie- und Umweltpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Von 2000-2006 arbeitete er am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie.

EVA BULLING-SCHRÖTER ist umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

CHRIS METHMANN ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg, wo er zum Zusammenhang von globaler Klima- und Wirtschaftspolitik forscht.

UWE WITT, Volkswirt und Journalist, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der umweltpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Eva Bulling-Schröter.

IMPRESSUM

RLS STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
REDAKTION Marion Schütrumpf-Kunze ·
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel.: 030 44310-127 ·
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)